

# Antrag Nr. 07-O-01-0023

## LiLi- Fraktion

---

### Betreff:

"Ein-Euro-Jobs" im Ortsbezirk

### Antragstext:

#### Antrag der LiLi-Fraktion:

Nach der kürzlich veröffentlichten Studie des Bundesrechnungshofes (VI 6/V 12-2006-1219) hätten mindestens 25 Prozent aller bundesweit vergebenen 1€-Jobs reguläre Arbeitsplätze verdrängt und weitere 50 Prozent seien zumindest zweifelhaft. Gewerkschaften und Medien weisen immer wieder auf gravierende Missstände bei der Vergabe von Ein-Euro-Jobs hin. Es ist daher dringend geboten, die Situation der Ein-Euro-Jobs im Ortsbezirk Wiesbaden Mitte darzulegen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion der Linken Liste den Magistrat der LHW auf, umgehend eine Aufstellung der auf dem Gebiet des Ortsbezirks Mitte im Jahre 2006 und im 1. Halbjahr 2007 (Mai 2007) wahrgenommenen "Arbeitsangelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" (sogenannte "1€-Jobs") vorzulegen.

Folgende Fragen sollen bitte beantwortet werden:

1. Welche Träger vermitteln oder beschäftigen "Ein-Euro-Jobber"?
2. Wie viele und welche "Arbeitsgelegenheiten" wurden von welchen Träger geschaffen bzw. akquiriert und wie viel Stunden täglich werden die "Ein-Euro-Jobber" dort eingesetzt.?
3. Wie ist die städtische Verteilung der "Ein-Euro-Jobber" nach Bildung, Qualifikation, Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund?
4. Wie viele "Ein-Euro-Jobber" konnten in den Jahren 2005-2006 und bis einschließlich Mai 2007 nachweislich aufgrund dieser "Arbeitsgelegenheiten" wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden?
5. Wie hoch ist die Gesamtsumme der an die Vermittlungsbetriebe und Träger gezahlten Fallpauschalen?
6. Inwieweit war der Ortsbeirat Mitte bei den Entscheidungsprozessen für oder gegen die Beschäftigung von "Ein-Euro-Jobber" einbezogen?
7. Inwieweit wird das Urteil vom 21.03.2007 des Bundesverwaltungsgerichts (BverwG 6 P 4.06/8.06 – Mitbestimmungspflicht des städtischen Personalrats) umgesetzt?

### Begründung:

Wiesbaden, 8.6.2007

Geissler